tbb beamtenbund und tarifunion thüringen

Leitantrag 2025

Stärkung des Berufsbeamtentums

Ein moderner, verlässlicher und leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist elementare Voraussetzung für einen starken demokratischen Rechts- und Sozialstaat. Ein funktionierender Staat benötigt einen professionellen und loyalen Personalkörper.

Ziel ist eine Fortsetzung der umfassenden, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit der Landesregierung bei der Gestaltung beamtenrechtlicher Regelungen, um auch zukünftig sachgerechte Lösungen zu erreichen. Hierzu ist eine stärkere politische Wertschätzung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes notwendig. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, dass qualifizierte Beschäftigte gewonnen und gehalten werden können.

Forderungen des tbb:

- die von der neuen Landesregierung beabsichtigte Dienstrechtsreform zeitnah umsetzen und die notwendigen Ressourcen für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zur Verfügung zu stellen,
- pauschalen Stellenabbau und einseitige Sparbeiträge zum Bsp. (Pensionsfond) zu unterlassen,
- Gleichbehandlung der beiden Statusgruppen Tarifbeschäftigte und Beamte unter Beachtung ihrer spezifischen Aufgaben,
- von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum sowie zu dessen hergebrachten Grundsätzen,
- dass die Alimentation der Beamten verfassungsgemäß ausgestaltet wird,
- die Landesregierung auf, mit dem tbb eine Musterklagevereinbarung zur verfassungsgemäßen Alimentation abzuschließen,
- die Landesregierung auf, eine Ruhendstellung der Widersprüche gegen die Besoldung bis zur gerichtlichen Entscheidung vorzunehmen,
- hoheitliche Aufgaben zukünftig nur von Beamten auszuführen zu lassen und damit alle Möglichkeiten einer Verbeamtung auszuschöpfen,
- die Landesregierung auf, Beförderungen zeitnah bis in die ausgeschriebene Dienstposten durchzuführen,
- die Tarifergebnisse unter Beachtung der Rechtsprechung des BVerfG zeit- und systemkonform zu übertragen. Dies gilt insbesondere für Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit.
- dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass die Besoldung in Bund und Ländern wieder einheitlich wird,
- bei künftigen Reformüberlegungen weitere Einschnitte in das System der Beamtenversorgung zu unterlassen,
- die bestehenden Altersversorgungssysteme in Deutschland zum Bsp. nicht im Sinne einer „Bürgerversicherung“ zu vereinheitlichen,
- die Gewährleistung und den Ausbau des bestehenden Beihilfe- und Heilfürsorgesystems.